

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache
19(17)154.3



World Food Programme

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zum Thema Menschenrechte und Klimawandel

Mai 2021

Hintergrund

2020 hat der Ausbruch der globalen COVID-19-Pandemie unser Leben verändert. Gleichzeitig ging das letzte Jahr auch als eines der heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung in die Geschichte ein. Neben verheerenden Hitzewellen und Waldbränden waren Regierungen und humanitäre Organisationen mit Überschwemmungen, Stürmen, Hitzewellen und Heuschreckenplagen konfrontiert, die Ernten und Lebensgrundlagen vernichteten. Doch obwohl die globale Erwärmung ein weltweites Problem darstellt, sind nicht alle Menschen gleichermaßen von ihren Auswirkungen betroffen. Arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in Ländern mit niedrigem Einkommen leiden besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels.

Für Millionen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika bedeutet der Klimawandel bereits jetzt eine Auseinandersetzung mit häufigeren und stärkeren Extremwetterereignissen, die mittlerweile jedes Jahr bis zu 90 Prozent aller Naturkatastrophen ausmachen. Diese sogenannten „Klimaschocks“ können sich schnell zu massiven Ernährungskrisen entwickeln, indem sie Land und Boden, Viehbestand, Ernten, Produktionsmittel und Nahrungsmittelvorräte zerstören. Doch auch das längerfristige Voranschreiten von weniger extremen klimatischen Trends und Risiken kann die Ernährungssicherheit von Menschen beeinträchtigen. Solche Probleme äußern sich etwa durch Veränderungen in der Saisonalität von Regenfällen, einen steigenden Salzgehalt in Böden und Grundwasser, das zunehmende Auftreten von Schädlingen und Krankheiten, den wachsenden Hitzestress bei Nutzpflanzen und Nutzvieh, sowie den Verlust von Biodiversität. Viele Länder haben deshalb die Klimakrise auch als humanitäres Problem anerkannt. Denn Klimawandel verstärkt bestehende Risiken, besonders in jenen Teilen der Welt, die bereits anfällig für gesellschaftliche Spannungen und Konflikte sind. Das UN World Food Programme (WFP) schätzt, dass bis 2030 122 Millionen mehr Menschen aufgrund von Extremwetterereignissen in Armut und Hungerkrisen gestürzt werden könnten.

Klimawandel als Konflikttreiber

Klimawandel als Risikomultiplikator

Die Folgen des Klimawandels – darunter steigende Temperaturen, Dürrekatastrophen, der Anstieg des Meeresspiegels, schmelzende Gletscher und häufigere und stärkere Extremwetterereignisse – wirken sich auf Millionen Menschen weltweit aus. Sie führen zu Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen,

verschärfen den Wettbewerb um knappe natürliche Ressourcen, verstärken Vertreibungs- und Migrationsbewegungen und machen Lebensgrundlagen unsicherer. All diese Faktoren sind bekannte Ursachen für soziale Spannungen, die sich in gewaltsamen Konflikten entladen können. Obwohl in der Wissenschaft ein allgemeiner Konsens darüber besteht, dass der Klimawandel kein Einzelereignis darstellt welches kausal zu bewaffneten Konflikten führt, sind sich Forscher*innen einig, dass klimabedingte Ereignisse und Stressoren jene Ungleichheiten und Probleme verstärken können, die Konflikten meist zugrunde liegen. Vor diesem Hintergrund begrüßt das WFP Deutschlands Engagement, den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheitsfragen etwa durch die 2018 gegründete „Group of Friends on Climate and Security“ international stärker zu beleuchten.

Generell ist festzustellen, dass die schlimmsten Ernährungskrisen sich in jenen Ländern abzeichnen, die von den sich überlagernden Auswirkungen von Konflikt und Klimaschocks betroffen sind. Von jenen 20 Ländern die laut des Globalen Klimaanpassungsindex der Universität von Notre Dame (USA)¹ als besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels gelten, sind zwölf – darunter der Jemen, Mali, Afghanistan und die Zentralafrikanische Republik – in Konflikte verwickelt.

Der Klimawandel wirkt als Risikomultiplikator für Konflikte, indem er verschiedene Konfliktdimensionen verschärft: Sich verändernde Niederschlagsmuster und Wasserknappheit können zu Spannungen oder Konflikten zwischen Menschen führen, die auf diese saisonalen Niederschläge als Wasserquelle für Eigenverbrauch, Viehzucht oder Landwirtschaft angewiesen sind. Wenn zum Beispiel Klimaschocks Pastoralist*innen zwingen, ihre Viehbestände zu verkleinern, werden sie tendenziell weniger mobil und wechseln zu sesshafterer Herdenhaltung. Das macht sie abhängiger von Niederschlägen anfälliger für Konflikte mit bereits angesiedelten Gemeinschaften, insbesondere Kleinbäuer*innen, die ihre Böden und Wasserressourcen durch die Viehzucht bedroht sehen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht geht man davon aus, dass eine durchschnittliche Erderwärmung von 1°C in armen Ländern zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um mehr als 2 Prozent führen kann. Das wirkt sich auch auf die Nahrungsmittelproduktion aus und kann zu steigenden Nahrungsmittelpreisen führen, was die Wahrscheinlichkeit gewalttätiger Konflikte erhöht. Länder mit niedrigem Durchschnittseinkommen und klimabedingten Umweltproblemen sind einem höheren Risiko von wirtschaftlichen Schocks, unfreiwilliger Migration und geschwächten politischen Institutionen ausgesetzt. Das macht es schwieriger, fragile und instabile politische Situationen zu überwinden.

Andersherum sind Länder, die bewaffnete Konflikte erleiden, unverhältnismäßig anfällig für Klimaschwankungen und -veränderungen, da die Anpassungsfähigkeit von Menschen, Ökosystemen und Institutionen, die bereits mit den Folgen eines Konflikts zu kämpfen haben, erheblich eingeschränkt ist. Konflikte können langfristige Schäden der Umwelt verursachen und die physische und psychische Gesundheit der Menschen, ihre Lebensgrundlagen und ihre Widerstandsfähigkeit – insbesondere gegenüber Klimaschocks – für Jahrzehnte beeinträchtigen.

In der Tschadsee-Region etwa verschärfen sich Klimawandel und Konflikte gegenseitig. Einerseits verhindert anhaltende Gewalt, dass sich die Menschen an die neuen Klimabedingungen anpassen können. Andererseits ist das Klima für die Bewohner*innen um den Tschadsee nur noch schwer vorherzusagen, was sich auf das Angebot an Nahrungsmitteln und somit die Nahrungsmittelpreise auswirkt. Das wiederum hat empfindliche Folgen für die Ernährungssicherheit in der Region.

¹ Der ND-GAIN Country Index zeigt die Anfälligkeit eines Landes für den Klimawandel und andere globale Probleme, gemessen an seiner Fähigkeit, seine Belastbarkeit zu erhöhen.

Es ist davon auszugehen, dass wirtschaftliche Schocks in fragilen Kontexten wie der Tschadsee-Region junge, arbeitslose Menschen – insbesondere junge Männer – anfälliger für die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen machen wird. Ohne Perspektive versuchen diese so den Lebensunterhalt für ihre Familien zu sichern. Initiativen wie die "Food Assistance for Assets" (FFA) Programme des WFP setzen an dieser Problemstelle an, indem sie Bedürftigen im Gegenzug für den Aufbau oder den Erhalt landwirtschaftlicher Infrastruktur Ernährungshilfe anbieten. Diese Infrastruktur ist für die langfristige Ernährungssicherheit und Widerstandsfähigkeit in klimatisch gestressten Gebieten essenziell. Dazu gehören zum Beispiel Terrassierungen und Grünstreifen als Erosionsschutz, kommunale Wasserspeicher und effiziente Bewässerungssysteme zur Vorbeugung von Wassermangel oder die Befestigung von Flussufern, die zur Überflutung neigen. Im Durchschnitt hat WFP zwischen 2014 und 2019 über 120 Millionen US-Dollar pro Jahr in solche naturbasierten Aktivitäten zur Klimaanpassung investiert. Diese Programme haben seit 2013 jedes Jahr zwischen 10 und 15 Millionen Menschen in mehr als 50 Ländern dabei geholfen, 1,5 Millionen Hektar Land und 78.909 Kilometer Straßen zu rehabilitieren, 53.589 Teiche, Brunnen und Reservoirs anzulegen sowie in nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken geschult zu werden.

Strategien für menschenrechtskonforme Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel

Klimawandel und Hunger

In absoluten Zahlen war der Welthunger im 21. Jahrhundert noch nie so schlimm wie heute. Seit 2015 steigt die Zahl der Menschen, die weltweit an Hunger leiden, wieder an. Dies ist vor allem auf drei miteinander verknüpfte Faktoren zurückzuführen: auf bewaffnete Konflikte, extreme Wetterereignisse und wirtschaftliche Erschütterungen. Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie kommen erschwerend hinzu.

2019 waren die Fortschritte, die die Welt im Kampf gegen den Hunger gemacht hat, bereits um 10 Jahre zurückgeworfen worden: Mehr als 820 Millionen Menschen hatten nicht genug zu essen. 688 Millionen Menschen waren chronisch mangelernährt und nicht in der Lage, ihren Nahrungsmittelbedarf langfristig zu decken. 135 Millionen Menschen litten akuten Hunger und wussten nicht, woher die nächste Mahlzeit kommen sollte. Heute, 2 Jahre später, leiden bereits 100 Millionen mehr Menschen an Hunger als im Jahr 2019. Viele Menschen, die vor einem Jahr noch an der Grenze zum Hunger standen, befinden sich jetzt in einer akuten Ernährungskrise oder Hungersnot.

Besonders die Situation des akuten Hungers verschlechtert sich gerade dramatisch: In einem im März 2021 veröffentlichten [Bericht über Hunger Hotspots](#) warnten FAO und WFP vor sich verschlechternden Bedingungen in 20 Ländern, in denen sich 34 Millionen Menschen in einer akut lebensbedrohlichen Situation befinden.

Auch der kürzlich veröffentlichte Globale Bericht über Ernährungskrisen (Global Report on Food Crises) 2021 zeigt, dass extreme Wetterbedingungen, Konflikte oder wirtschaftliche Schocks, die im Jahr 2021 oft mit COVID-19 zusammenhängen, weiterhin eine steigende Zahl von Menschen in akute Ernährungsunsicherheit stürzen. Die wichtigsten Faktoren für den Anstieg des akuten Hungers sind Konflikte, die als Haupttreiber für Hunger für mehr als 60 Prozent des akuten Hungers verantwortlich sind. Klimaextreme waren in der Vergangenheit für etwa 25 Prozent des akuten Hungers verantwortlich, was

2021 von wirtschaftlichen Schocks jedoch noch übertroffen wurde. Dennoch bleiben Klimaextreme in 15 Ländern der Hauptfaktor für einen Anstieg des akuten Hungers.

Wie bereits erwähnt, wirkt der Klimawandel als Risikomultiplikator für die Entwicklung von Gesellschaften und verschlimmert bestehende Probleme in den ärmsten und ernährungsunsichersten Ländern dieser Welt. In Kontexten, die besonders anfällig für soziale Spannungen sind, können klimatische Faktoren bestehende Ungleichheiten beim Zugang zu natürlichen Ressourcen verstärken, Konflikte verschärfen und Migration und Vertreibung auslösen. Eine Kombination aus Klimaschocks und Konflikten hat in jeder der acht schlimmsten Ernährungskrisen der Welt zu akutem Hunger beigetragen: Afghanistan, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Nigeria, Südsudan, Sudan, Syrien und Jemen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Trends, die seit 2015 einen jährlichen Anstieg des globalen Hungers abzeichnen und besonders im Hinblick auf akuten Hunger, der aktuell den stärksten Anstieg seit fünf Jahren verzeichnet, kann man gegenwärtig nicht davon ausgehen, dass das Nachhaltigkeitsziel Zwei – eine Welt ohne Hunger – bis 2030 erreicht werden wird. Der Klimawandel leistet zu dieser Entwicklung sowohl durch seine direkten Auswirkungen auf die Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse als auch als Risikomultiplikator für andere Hungerursachen wie Konflikte und wirtschaftliche Schocks einen wesentlichen Beitrag.

In diesem Kontext sind weitere Investitionen in Maßnahmen zur Klimaresilienz und -anpassung von enormer Bedeutung, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf den Welthunger zu begrenzen. Vielversprechende Ansätze wie zum Beispiel vorhersagebasierte Finanzierungen oder Klimarisikoversicherungen können dazu beitragen, betroffene Menschen vor den Auswirkungen sich verstärkender Extremwetterereignissen zu unterstützen. Somit können humanitäre Krisen abgeschwächt und humanitäre Ausgaben längerfristig verringert werden.

Klimawandel und Wasser

Der Klimawandel wirkt sich besonders stark auf den Wasserkreislauf der Erde aus. Der Wasserdampfgehalt in der Atmosphäre wird durch steigende Temperaturen, steigende Meeresspiegel und schrumpfende Polkappen und Gletscher erhöht und die Verfügbarkeit von Wasser wird aufgrund eines aktiveren Wasserkreislaufs weniger berechenbar. Das kann zu häufigeren Situationen führen in denen intensivere Starkregen sich mit längeren Dürreperioden abwechseln, was wiederum Wasserknappheit, Überschwemmungen und Erosion verursacht.

Auch die Anstiegsrate des Meeresspiegels hat sich während der letzten zwei Jahrzehnte besonders beschleunigt und führt mit derzeit etwa 3-4 mm pro Jahr zu einem durchschnittlichen Anstieg von ca. 20cm gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter. Küstengemeinden und kleine Inselstaaten erleiden dadurch größere Schäden durch Sturmfluten und Überschwemmungen, die durch einen höheren Salzgehalt in Böden und Grundwasser noch verstärkt werden. Dieser wirkt sich zunehmend negativ auf die Landwirtschaft und Siedlungshygiene aus. Die Eisschichten Grönlands und der Antarktis haben zudem an Masse verloren, was gemeinsam mit der thermischen Ausdehnung des wärmeren Meerwassers den Meeresspiegel weiter steigen lässt. Im Jahr 2020 war die jährliche minimale Meereisausdehnung in der Arktis nach dem negativen Rekordjahr 2012 die zweitniedrigste seit Beginn der Aufzeichnung. Auch die Gletscher ziehen sich weltweit zurück – selbst im Himalaya und in den Anden. Dies führt zu einem steigenden Risiko von Sturzfluten (wie etwa Gletscherseeausbrüchen in Nepal, Bhutan und Pakistan) und

zu mehr Konflikten um Wasserressourcen in grenzüberschreitenden Flussgebieten (wie dem Mekong in Asien).

Dichtbesiedelte Länder in niedrigen Küstenlagen wie Bangladesch haben bereits eine lange Geschichte an tropischen Stürmen und Überschwemmungen. Der Klimawandel verursacht nun jedoch häufigere und intensivere Stürme, die durch den Anstieg des Meeresspiegels weiter in das Landesinnere vordringen und dort nicht nur die ansässige Bevölkerung, sondern auch die mehr als 870.000 Rohingya-Flüchtlinge im Süden des Landes bedrohen.

Durch Expertise in den Bereichen Risikoanalyse, Frühwarnung und Notfallvorsorge trägt WFP auf Grundlage von Wetterprognosen dazu bei, Schäden in Gemeinschaften zu reduzieren, die unmittelbar der Gefahr von extremen Wetterereignissen ausgesetzt sind. Diese vorausschauenden Maßnahmen minimieren Verluste und Schäden durch Überschwemmungen, Dürreereignisse oder Stürme und verringern im Schadensfall den Bedarf an humanitärer Hilfe. Weil durch antizipative Maßnahmen weniger Menschen direkt von humanitärer Hilfe abhängig werden und der Wiederaufbau weniger aufwendig ist, können diese sogenannten vorhersagebasierten Finanzierungsprogramme („Forecast-based Financing“ - FbF) das Hunger- und Destabilisierungsrisiko in betroffenen Gemeinschaften verringern. Derzeit implementiert WFP solche Programme in 15 Ländern.

In Bangladesch arbeiten WFP, das Deutsche Rote Kreuz, die Bangladesh Red Crescent Society und das Klimazentrum der Rotkreuz-/Rothalbmondgesellschaften, auch dank deutscher Unterstützung, sehr eng an solchen FbF Programmen zusammen. So wurden zum Beispiel Auslöser- und Schwellenwerte für präventive Maßnahmen im Vorfeld von Flussüberschwemmungen in den Zielgebieten im Distrikt Kurigram gemeinsam definiert. Darüber hinaus unterstützt das WFP die Einrichtung einer technischen Arbeitsgruppe für vorhersagebasierte Maßnahmen, in der sich das Ministerium für Katastrophenmanagement und Nothilfe, das Finanzministerium, das Meteorologische Amt von Bangladesch und das Zentrum für Hochwasservorhersage und Frühwarnung über vorausschauende Maßnahmen und die Entwicklung standardisierter Risikomanagementpläne austauschen. Während der Monsun-Saison 2020 hat WFP bereits drei Tage vor einem unmittelbaren Überschwemmungsereignis vorausschauende Bargeldhilfe für 29.000 Haushalte geleistet. Diese Maßnahmen ermöglichten es den Menschen, sich vorzubereiten, Baumaterialien und Nahrungsmittel zu kaufen und Familienmitglieder und Nutztiere an sichere Orte zu bringen.

Neben Anstrengungen den Klimawandel durch eine Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu verlangsamen und die Schwere seiner Folgen auf den Wasserhaushalt der Erde zu reduzieren, können gleichzeitig auch andere Maßnahmen dazu beitragen, vorhandene Wasserressourcen optimal zu nutzen und die Fähigkeit der Böden zu erhöhen, Wasser auch unter schwierigen Bedingungen bestmöglich aufzunehmen und zu speichern. Dies ist vor allem in Wüstenregionen von besonderer Wichtigkeit. Während sich Wüsten in der Trockenzeit generell ausdehnen und in der Regenzeit wieder schrumpfen, führt der Klimawandel dazu, dass manche Wüsten sich immer weiter ausdehnen. Die Sahara ist die größte Wüste der Welt und hat sich in den letzten 100 Jahren um fast 10 Prozent ausgebreitet. In der südlich der Sahara gelegenen und extrem trockenen Sahelregion fehlt in vielen Gebieten die notwendige Infrastruktur für ein effektives Wassermanagement. Zudem kommen dort nur wenig Pflanzen mit den schwierigen Umweltbedingungen zurecht. Auf sparsame Wassernutzung ausgerichtete Maßnahmen in der Landwirtschaft wie etwa durch in den Boden gegrabene halbmondförmige Erdwälle² – sogenannte Halbmonde – oder dürreresistentes Saatgut können dazu beitragen, dem Wassermangel effektiv

² Halbkreisartige Gruben mit Aushöhlungen im Inneren, die mit einfachen Schaufeln gegraben werden können.

entgegenzuwirken. Pflanzen und Bäume wie etwa Akazien und Moringabäume, die wenig Wasser brauchen und schnell wachsen, können in der Sahelregion die Fähigkeit des Bodens weiter erhöhen, Wasser zu speichern. So können im zweiten Schritt auch wasserintensivere Obstbäume wie Tamarinden, Mango- und Guavenbäume angepflanzt werden, die langfristig den Hunger in der häufig von Hungerkrisen heimgesuchten Region reduzieren können. Wenn Bäume, Getreide und Gemüse in und um die Halbmonde gepflanzt werden, ermöglichen sie eine diversifizierte, produktive und nachhaltige Nutzung des Landes, das vorher noch zu trocken war. Innovative Techniken wie diese können genutzt werden, um Regenwasser zu speichern, Landwirtschaft zu fördern und Hunger zu bekämpfen. Zwischen 2019 und 2020 hat WFP dank der Unterstützung Deutschlands zum Beispiel in 140 Dörfern im Tschad fast 36.000 dieser Halbmonde gebaut, die nun zur Ernährungssicherung von mehr als 235.000 Menschen beitragen.

Auch andere von Deutschland unterstützte Innovationen können in Situationen des Wassermangels ermöglichen, Nahrungsmittel und Tierfutter in trockenen oder stadtnahen Gebieten anzubauen und dadurch zum Kampf gegen den Hunger beizutragen. Hydrokulturen sind eine klimaschonende und kosteneffiziente Technologie, Landwirtschaft ohne Böden zu betreiben. Diese Technologien benötigen bis zu 90 Prozent weniger Wasser und 75 Prozent weniger Platz als herkömmliche Anbaumethoden. Zudem wachsen die Pflanzen schneller als in herkömmlichen landwirtschaftlichen Strukturen. Innovationen wie diese verbessern den Zugang zu Nahrungsmitteln, da sie frisches Gemüse und Tierfutter an Orten verfügbar machen, wo diese bisher nur schwer zugänglich waren – etwa in Flüchtlingscamps oder Dürregebieten. Durch ein vielfältigeres Ernährungsangebot kann Mangelernährung verringert werden, und durch den eigenständigen Anbau der Pflanzen werden zudem Selbstversorgung und Einkommensmöglichkeiten gestärkt.

Klimawandel und Menschenrechte

Als Gemeingut stellt das Klima eine Ressource dar, auf die alle Menschen das gleiche Anrecht haben. Gleichzeitig stellt die Veränderung des Klimas die Menschheit vor gemeinsame Herausforderungen, deren Verantwortlichkeiten jedoch unterschiedlich aufgeteilt sind. Denn besonders die schwächsten, ärmsten und marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen haben historisch am wenigsten zur Verursachung des Klimawandels beigetragen, sind jedoch gleichzeitig diejenigen, die am stärksten von seinen Konsequenzen betroffen sind. Deren Rechte zu garantieren und ihre Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels angemessen zu berücksichtigen sollte im Zentrum aller Klimapolitik stehen.

Menschenrechte, die in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels besonders relevant sind, sind die Rechte auf Gesundheit und Leben, Nahrung und Wasser, Wohnung und Eigentum, gesunde Umwelt sowie besondere Rechte indigener Völker, wie das Recht auf Umsiedlung und Migration. Alle Maßnahmen, die in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ergriffen werden, um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen dabei berücksichtigen, dass Menschenrechte dabei nicht verletzt werden dürfen. Gleichzeitig sollte besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen ein größtmögliches Mitspracherecht bei der Gestaltung von klimarelevanten Maßnahmen eingeräumt werden. Das bezieht sich sowohl auf Entscheidungen, die auf der wegweisenden internationalen politischen Ebene stattfinden, als auch auf die Umsetzung von konkreten Klimaminderungs- und Anpassungsmaßnahmen auf Landesebene.

Die enormen Auswirkungen des Klimawandels auf Hunger sind in Bezug auf das **Recht auf Nahrung** von besonderer Bedeutung. Um das Recht auf Nahrung entsprechend der Kriterien der Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Qualität und Nachhaltigkeit einzuhalten, muss eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, inklusive

der dafür notwendigen Finanzierung, unbedingt nachgekommen werden. WFP hat errechnet, dass eine durchschnittliche globale Erwärmung um 2°C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter, die bereits im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte möglich ist, 189 Millionen mehr Menschen dem Risiko einer Hungerkrise aussetzen könnte. Laut Statistiken des Weltklimarats könnte sich die Zahl der Hungernden durch die Folgen des Klimawandels im Jahr 2080 sogar um bis zu 266 Millionen Menschen erhöhen.

Von diesen steigenden Risiken werden besonders Kleinbäuer*innen in ländlichen Gebieten betroffen sein. Neben Wetterextremen sind sie auch mit höherer Brandgefahr, längerfristigem Wassermangel und der Schädigung ihrer Produktionsmittel, Pflanzen und Nutztiere konfrontiert. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass sich Unter- und Mangelernährung weiter verbreiten und negativ auf die Entwicklung und das Wachstum von Kindern auswirken.

Das Recht auf Nahrung verdeutlicht die Dringlichkeit einer notwendigen, angemessenen und sofortigen Reaktion der globalen Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Förderung von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels. Falls ausreichende Maßnahmen nicht zeitgerecht ergriffen werden, können die negativen humanitären Auswirkungen des Klimawandels auf den Hunger in der Welt so stark werden, dass sie durch Maßnahmen der humanitären Nothilfe nicht mehr abgedeckt werden können.

Klimawandel und Migration

Klimabedingte Migration findet bereits in vielen Teilen der Welt statt. Eine besondere Herausforderung stellt die Situation in jenen Ländern dar, die überproportional von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und die aufgrund strukturell schwieriger Bedingungen und geografischer Nachteile oft am wenigsten in der Lage sind, diese zu bewältigen. Die Herausforderungen der klimabedingten Migration nehmen in diesen gefährdeten Ländern vielfältige Formen an – wie beispielsweise Überschneidungen mit anderen entwicklungsbezogenen Herausforderungen, etwa dem Zugang zu Wasserressourcen sowie Sicherheitsfragen. Die Kombination dieser Faktoren führt oft dazu, dass Menschen auf der Suche nach einem besseren oder sichereren Leben ihren Heimatort verlassen – wobei mehr als 57 Prozent der Zwangsvertreibung innerhalb der Herkunftsländer stattfindet. Allein zwischen 2010 und 2019 wurden jedes Jahr durchschnittlich 22 Millionen Menschen aufgrund von wetterbedingten Katastrophen vertrieben.

Die Forschung der letzten Jahre hat auch gezeigt, dass Hunger eine Triebfeder für Flucht und Vertreibung darstellt. Die COVID-19-Pandemie kommt dabei erschwerend in einer Zeit hinzu, in welcher der Hunger in vier aufeinanderfolgenden Jahren hauptsächlich aufgrund von Konflikten, klimabedingten Schocks und Wirtschaftskrisen zugenommen hat. Gleichzeitig hat die Zwangsvertreibung ein Rekordhoch erreicht: Bis Ende 2019 haben Konflikte, wirtschaftliche und klimabedingte Schocks mehr als 79,5 Millionen Menschen aus ihrem Zuhause vertrieben, darunter 45,7 Millionen Binnenvertriebene, 26 Millionen Flüchtlinge und 4,2 Millionen Asylsuchende. Die Zahl der zwangsvertriebenen Menschen hat sich somit seit 2011 verdoppelt. Die Zahl der internationalen Migrant*innen und Geflüchteten stieg auf weltweit insgesamt 272 Millionen.

Da die Auswirkungen des Klimawandels die Lage vieler Menschen weiter erschweren, gilt es, die Lebensbedingungen und den Zugang zu Nahrung durch angemessene Maßnahmen zu sichern und Perspektiven besonders für die jüngere Bevölkerung zu schaffen.

Bedeutung des menschenrechtlichen Aspekts des Klimawandels in der multilateralen und der Entwicklungszusammenarbeit

Vulnerabilität und Verantwortung

Die Folgen der Erderwärmung sind für die Bevölkerung armer Länder heute bereits akut erfahrbar und gefährlich. Zwar kann zur Bestimmung von Verantwortung für diese Auswirkungen nicht pauschal nach „globalem Norden und globalem Süden“ unterschieden werden. Die Klimarahmenkonvention³ (UNFCCC) hob die historische Verantwortung der Industrienationen für den menschengemachten Klimawandel bereits 1994 hervor und nahm sie in die Pflicht, bei dessen Bekämpfung eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Als Haupt-Emittenten klimaschädlicher Treibhausgasemissionen haben diese Länder eine besondere Verantwortung, die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren. Die mittlerweile 195 Unterzeichner der UNFCCC haben sich dazu verpflichtet, „auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen“. Länder mit hohem Einkommen sollen „bei der Bekämpfung der Klimaänderungen und ihrer nachteiligen Auswirkungen die Führung übernehmen“. 2015 einigten sich die 195 Mitgliedsstaaten der UNFCCC darauf, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und gleichzeitig die Bemühungen fortzusetzen, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen. Das Pariser Klimaabkommen 2015 bekräftigt dabei, dass die Industrienationen auch bei der Bereitstellung von finanziellen Hilfen für arme Länder, die besonders anfällig für den Klimawandel sind, eine Führungsrolle übernehmen sollten. Das damit verbundene Ziel von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr wurde allerdings im anvisierten Zeithorizont bis 2020 noch nicht erreicht.

Kleinbäuer*innen

Da viele Länder mit niedrigen Einkommen nicht über ausreichend Kapazitäten verfügen, um mit den vielen durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen umzugehen, fordert das Pariser Klimaabkommen alle Industrienationen auf, die Unterstützung für Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern zu verstärken. In diesem Zusammenhang kommt der Unterstützung von Kleinbäuer*innen eine besondere Bedeutung zu. 500 Millionen Kleinbäuer*innen produzieren ca. 80% der Nahrungsmittel, die in Asien und Afrika konsumiert werden. Diese Nahrungsmittel sind der Schlüssel, um das zweite UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung – eine Welt ohne Hunger – zu erreichen. Wenn Kleinbäuer*innen effektiv dabei unterstützt werden, ihre Lebensgrundlagen vor dem Hintergrund dynamischer Umweltbedingungen zu erhalten und durch nachhaltige Anpassungsmaßnahmen auch ihre landwirtschaftlichen Erträge zu verbessern, kann nicht nur der Hunger, sondern auch die globale Erwärmung, der Verlust von Biodiversität und die Zerstörung wichtiger Ökosysteme bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang gilt es vor allem Partnerschaften mit lokalen Organisationen zu stärken und innovative Lösungen einzuführen, um Wertschöpfungsketten und Ernährungssysteme gezielt zu beeinflussen. Naturbasierte Lösungen können hierbei eingesetzt werden, um Ernährungssicherheit wie auch biologische Vielfalt zu fördern, und die Widerstandsfähigkeit produktiver Landschaften gegenüber Naturkatastrophen zu stärken. Lösungen reichen von diversifizierten Wäldern und Agrarökosystemen, die widerstandsfähiger gegen Schädlinge, Krankheiten und Klimaextreme sind als Monokulturen, bis hin zur Unterstützung der Anpflanzung einheimischer Baum- und Nutzpflanzensorten, die widerstandsfähiger

³ UN Framework Convention on Climate Change.

sind als exotische Sorten. Auch bereits erwähnte Initiativen wie das von Deutschland unterstützte Resilienzprogramm in der Sahelzone tragen dazu bei, Kleinbäuer*innen zu stärken, nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und die Auswirkungen des Klimawandels sowie den Hunger zu bekämpfen.

Indigene Bevölkerungsgruppen

Indigene Menschen gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die durch die Folgen des Klimawandels besonders gefährdet sind. Indigene Bevölkerungen machen laut Weltbank zwar nur 5 Prozent der Weltbevölkerung aus, stellen aber 15 Prozent der extrem armen Bevölkerung dar und sind damit überproportional von Armut betroffen. Die Mehrheit von ihnen lebt in schwer zugänglichen Regionen und fragilen Ökosystemen, die besonders anfällig für Umweltveränderungen sind. Die UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für 2030 sprechen viele der Entwicklungsanliegen von indigenen Völkern direkt an. SDG 2 – eine Welt ohne Hunger bis 2030 – erwähnt indigene Völker ausdrücklich in der Zielvorgabe 2.3, die eine Verdoppelung der Produktivität und des Einkommens von Kleinbäuer*innen fordert. In Lateinamerika unterstützt das WFP indigene Völker durch naturbasierte Anpassungsprogramme und schützt einheimische Pflanzen, wie etwa Kartoffelsorten in Bolivien, die widerstandsfähiger gegen Klimaextreme und zudem nahrhafter sind als viele importierte Varianten.

Da Wettermuster durch den Klimawandel immer unberechenbarer werden, können traditionelle Methoden indigener Gemeinschaften zur Wettervorhersage einen wertvollen Beitrag dazu leisten, Klimawandel und Hunger zu bekämpfen. In Bolivien hat die Nichtregierungsorganisation PROSUCO jahrzehntelang indigenes Wissen über Wetterveränderungen gesammelt, einschließlich des Lesens von Pflanzen- und Tierverhalten, von Windmustern, Luftfeuchtigkeit und der Ausrichtung astronomischer Konstellationen. Gemeinsam mit der bolivianischen Regierung hat WFP diesen Wissensschatz in das nationale Frühwarnsystem integriert. Mit Smartphones oder Tablets erfasste Indikatoren können über eine eigens dafür entwickelte Applikation geteilt und in die von der Regierung verbreiteten Warnungen integriert werden, wodurch die auf moderner Technologie basierenden Prognosen ergänzt und vervollständigt werden.

Gleichstellung

Klimabedingte Naturkatastrophen verschlimmern humanitäre Krisen, Hunger und Mangelernährung und verschärfen dadurch auch die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Der Klimawandel hat deshalb auch das Potential, hart erkämpfte Entwicklungserfolge im Bereich Ernährungssicherheit und Gleichstellung umzukehren. Weltweit tragen Frauen die Hauptverantwortung für die Ernährungssicherheit und die Ernährung in Haushalten. Frauen und Mädchen werden jedoch weiterhin beim Zugang zu und der Kontrolle über Nahrungsmittel benachteiligt, ebenso wie bei der Verbesserung des Lebensunterhalts, der Bildung und der Gesundheit. Viele dieser Ungleichheiten können die Anfälligkeit für Klimaschocks erhöhen, da viele Frauen und Mädchen keinen angemessenen Zugang zu Informationen haben und im Fall extremer Ereignisse oft von Finanzdienstleistungen, der Beteiligung an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen, der Ressourcenverteilung sowie Rechten, die Eigentum und Mobilität regeln, abgeschnitten sind.

Wichtig ist deshalb, dass Frauen und Mädchen bereits in ihren Familien und Gemeinschaften zum Aufbau von Klimaresilienz beitragen können und dort als wichtige Akteure definiert und gestärkt werden.

Ernährungshilfe – ob in Form von Bargeld oder Nahrungsmitteln – entlastet Frauen und Mädchen und gibt ihnen mehr Raum, um langfristige Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen zu verbessern. Auch technisches Training in naturbasierten Ansätzen, in denen Frauen Techniken für nachhaltige Landwirtschaft wie etwa Boden- und Wasserkonservierungsmaßnahmen erlernen, stärkt deren Rolle und Sichtbarkeit im Aufbau von Klimaresilienz. In Sambia etwa sind Kleinbäuer*innen für 90 Prozent der landesweiten Nahrungsmittelproduktion verantwortlich: 80 Prozent von ihnen sind Frauen. Umfassendes Klimarisikomanagement mit strategischer Einbindung von Frauen spielt hier eine zentrale Rolle – etwa im Rahmen der ‚R4‘ ländlichen Resilienzinitiative des WFP, die ebenfalls von Deutschland gefördert wird. Arme Kleinbäuer*innen erhalten über WFP eine Klimaversicherungspolice im Gegenzug für ihre Mitarbeit an einem Programm zur Katastrophenminderung, das landschafts- und naturbasierte Schutzmechanismen stärkt. Wenn ein Klimaschock wie eine Dürre eintritt und die Ernte klimabedingt ausfällt, zahlt die Versicherung. Durch die indexbasierte Struktur der Versicherungsprodukte kommt diese Auszahlung rechtzeitig bevor Kleinbäuer*innen ihre Produktionsmittel verkaufen oder Kinder aus der Schule nehmen müssen, um die Ernährungssicherheit sicherzustellen. Komplementär dazu werden Frauen außerdem dabei unterstützt, Zugang zu Finanzdienstleistungen sowie dürreresistentem und nährstoffreichem Saatgut zu erhalten.

Kinder

Die Klimakrise bedroht das Überleben, die Entwicklung, die Bildung, den Schutz und die Rechte von Kindern, die in der UN-Konvention zu Kinderrechten (UN Convention on the Rights of the Child) garantiert werden. In vielen Entwicklungsländern sind Kinder bereits durch Armut, Diskriminierung, geschlechterspezifische Ungleichheit und soziale Marginalisierung benachteiligt und daher von Klimaextremen besonders stark betroffen. Diese Bedürfnisse müssen in klimapolitischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Kinder machen fast die Hälfte der von Katastrophen betroffenen Menschen aus. 150 Millionen Kinder weltweit sind mangelernährt – Konflikte und Naturkatastrophen vergrößern dieses Problem weiter. Mangelernährung in den ersten beiden Lebensjahren schädigt die körperliche und kognitive Entwicklung eines Kindes. Diese Auswirkungen sind weitgehend irreversibel und führen zu wiederkehrender Krankheit und Ungleichheit in Bildungs- und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven.

In Ländern, in denen die Verwundbarkeit von Kindern gegenüber Klimarisiken durch Mangelernährung verstärkt wird, können Programme zur Anpassung an den Klimawandel mit schulbasierten Programmen verzahnt werden. Dadurch können nicht nur die körperliche und kognitive Resilienz von Kindern, sondern auch lokale Kapazitäten zur Vermittlung und Verteilung von risikorelevanten Informationen innerhalb örtlicher Gemeinschaften gestärkt werden.

Vorschläge zur Zukunft der Klimafinanzierung

Wie beschrieben sind Klimavariabilität und -extreme unter den Hauptursachen für den Anstieg des weltweiten Hungers und schwerer Ernährungskrisen. Ansätze des Klimarisikomanagements und Anpassungsmaßnahmen müssen daher ohne Verzug ausgeweitet werden, um weiteren Krisen vorzubeugen. Die wachsenden humanitären Folgen des Klimawandels müssen antizipiert werden, um die Widerstandsfähigkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft, der institutionellen und Investitionsplanung weiter auszubauen. Dabei sollte in Betracht gezogen werden, wie Landwirtschafts- und

Ernährungssysteme zu Klima- und Umweltlösungen beitragen können. Die globale Antwort auf COVID-19 kann dabei auch einige wichtige Lehren für die Reaktion auf komplexere Bedrohungen durch die globale Klimakrise liefern. Je länger Maßnahmen zur Unterstützung ärmerer und stark gefährdeter Länder hinausgezögert werden, umso größer ist das Risiko humanitärer Notlagen in diesen Ländern. Die damit einhergehenden Verluste und Schäden wiederum machen humanitäre Hilfe noch komplexer und kostspieliger.

- *Flexible und vorhersagebasierte Mittel*

Um besonders vulnerable Länder bei der Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen, braucht es mehr Mittel für den Klimaschutz. WFP begrüßt, dass Deutschland seinen Beitrag zur Klimafinanzierung von 2014 bis 2020 verdoppelt hat und sich auch durch weitere Ankündigungen bemüht, einen Beitrag zu leisten. Dennoch sind weitere Anstrengungen für die Klimafinanzierung und in der Klimadiplomatie dringend notwendig. Mit Deutschland als Vorbild könnten auch andere Staaten folgen und ihre Ausgaben erhöhen.

Der vorhersehbare Zugang zu ausreichenden, mehrjährigen und flexibel einsetzbaren Finanzierungen in jenen Regionen, in denen Menschen mit den überlappenden Auswirkungen von klima- und konfliktbedingten Schäden konfrontiert sind, bleibt eine zentrale Herausforderung. Das bezieht sich sowohl auf antizipative humanitäre Ansätze als auch auf längerfristige Finanzierung zur Klimaanpassung, wie sie besonders Länder des Climate Vulnerable Forum⁴ benötigen. Instrumente wie der UN-Anpassungsfonds (Adaptation Fund) und der Grüne Klimafonds (Green Climate Fund) sind mögliche multilaterale Ansätze, um verlässliche und längerfristige Finanzierung für solche betroffene Staaten und Gemeinschaften zu ermöglichen. Eine direkte Implementierung von Klimamitteln über bilaterale Partner bleibt aufgrund von Kriterien der Flexibilität, Effizienz und Geschwindigkeit weiterhin ein unverzichtbarer Teil im Spektrum öffentlicher Klimafinanzierung.

Um den Folgen extremer Ereignisse auf den Hunger zu begegnen, werden humanitäre Organisationen, Geber und andere Partner ihre Unterstützung vorhersagebasierter und antizipativer Maßnahmen ausweiten müssen, um mehr Menschen im Vorfeld vorhersehbarer Schocks zu erreichen. Je früher Mittel bereitgestellt werden, um humanitären Bedarf zu decken, desto mehr Gelder lassen sich längerfristig einsparen. Wenn Mittel erst fließen, wenn es bereits zu spät ist, erhöhen sich die Kosten dramatisch.

- *Antizipation von Klimarisiken durch strategische Partnerschaften*

Fortschritte in Wissenschaft und Technologie ermöglichen die Anwendung vorausschauender Ansätze für das Management von Klimarisiken bevor sie sich in humanitäre Katastrophen auswachsen. Die meisten klimabedingten Risiken sind vorhersehbar, allerdings werden gegenwärtig weniger als 1 Prozent der humanitären Mittel für antizipative Maßnahmen und vor Eintreten des Schadenfalls eingesetzt. Diese Maßnahmen sind jedoch unabdingbar, um Leben und Lebensgrundlagen zu schützen, Leid zu verhindern, Entwicklungsgewinne zu bewahren und Kosten zu senken. Sie können zusätzlich zu sozialen Sicherungssystemen und Klimarisikoversicherungen eingesetzt werden, um Menschen zu schützen und Zwangsvertreibungen zu reduzieren. Die Ansätze tragen dazu bei, humanitäre Bedarfe im Krisenfall zu

⁴ Das Climate Vulnerable Forum (CVF) ist ein Forum von Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind. Viele von ihnen spüren bereits die Auswirkungen der globalen Erwärmung durch ansteigende Meeresspiegel oder zunehmende Dürren. Hier sind zurzeit (2019) 48 Länder aus Afrika, Asien, Lateinamerika, der Karibik und dem Südpazifik versammelt.

verringern, die Auswirkungen der Klimakrise abzumildern und Menschenleben zu schützen, bevor sie gerettet werden müssen.

Initiativen wie die auf dem UN-Klimagipfel im September 2019 ins Leben gerufene ‚Risk-informed Early Action Partnerschaft (REAP)‘ und die ‚InsuResilience Global Partnership‘ verbinden eine große Bandbreite an Partnern aus den Bereichen Klimaschutz, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, um bis 2025 eine Milliarde Menschen sicherer vor Katastrophen zu machen. Denn trotz der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels ist noch immer jeder dritte Mensch nicht ausreichend an Frühwarnsysteme angebunden und vorausschauende Ansätze, die ein frühzeitiges Handeln vor dem Eintreten von Gefahren ermöglichen, werden noch nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt. Zu den Partnern von REAP und InsuResilience gehören Industrie- und Entwicklungsländer, Internationale Organisationen, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie des Privatsektors. Initiativen wie diese weiter auszubauen und zu fördern ist ein wichtiger Weg, um die Folgen des Klimawandels für gefährdete Bevölkerungsgruppen zu reduzieren.

WFP begrüßt Deutschlands Unterstützung für die Pilotierung und Umsetzung vorhersagebasierter Klimahilfe. Um diese innovativen Ansätze weiter auszubauen wäre es wichtig, wenn weitere Geber dem Beispiel Deutschlands folgen und Mittel für antizipative humanitäre Maßnahmen aufstocken und damit eine ausreichende, vorhersehbare und flexible Finanzierung bereitstellen. Die kürzlich veröffentlichte Selbstverpflichtung der G7-Staaten, mehr Mittel für vorhersagebasierte Ansätze in der humanitären Hilfe bereitzustellen und diese Art der Unterstützung durch zusätzliche Finanzmittel weiter aufzustocken, ist ein wichtiges Signal in dieser Richtung. Diese Beiträge umfassen neben zweckgebundenen Mitteln für spezialisierte Organisationen auch gepoolte Fonds, die im Bedarfsfall rasche präventive Maßnahmen ermöglichen. Gleichzeitig ist der gezielte Einsatz von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit notwendig, um nationale und lokale Regierungen bei der Entwicklung prognosebasierter Handlungs- und Finanzierungsmechanismen sowie von Einsatzplänen für die Notfallvorsorge und -bewältigung zu unterstützen.

Eine stärkere Zusammenarbeit humanitärer Organisationen mit Institutionen aus der Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft birgt großes Potenzial, um Klimarisiken besser zu analysieren und effektivere Lösungsansätze zu entwickeln. Auch die enge Kooperation mit entsprechenden wissenschaftlichen Institutionen wie z.B. dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) kann dazu beitragen, langfristige Risiken auf der Grundlage von Klimawissenschaft, saisonalen Klimavorhersagen, Wettervorhersagen und anderen hydrometeorologischen Diensten zu analysieren.

- *Verbessertes Klimarisikomanagement durch Informations- und Versicherungslösungen*

In Zeiten, in denen sich die Effekte einer globalen Klimakrise mit anderen Risiken verzahnen, ist der Zugang zu Klimarisikoversicherungen von wachsender Bedeutung. 2020 waren mehr als zwei Millionen Menschen in 13 afrikanischen Ländern durch Klimarisikoversicherungen geschützt, die auch mit deutscher Hilfe von WFP entwickelt und unterstützt wurden. Diese Versicherungen schützen gegen Verluste von Einkommen oder Produktionsmitteln, Preisschwankungen und verschlechtertem Zugang zu Nahrungsmitteln.

In Partnerschaft mit der African Risk Capacity (ARC) hat WFP beispielsweise den Risikotransfermechanismus ‚ARC Replica‘ etabliert, über den neben Regierungen auch humanitäre Organisationen Klimarisikoversicherungspolicen erwerben können. Beschleunigte

Auszahlungsmechanismen, die vorab bereits mit Partnerregierungen koordiniert sind, verhindern dabei, dass extreme Dürren soziale Spannungen in den betroffenen Ländern verschärfen. Durch die ARC Replica Initiative hat WFP 2020 mehr als 1,3 Millionen Menschen in Mali, Mauretanien, Burkina Faso, Simbabwe und Gambia vor den Auswirkungen potenziell katastrophaler Dürreereignisse geschützt. Dieser Schutz hat den sozialen Schutzrahmen von Regierungen in Zeiten von COVID-19 erweitert und geholfen, das Risiko multipler Katastrophen zu reduzieren. Durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor bieten solche Maßnahmen des Risikotransfers erhebliches Potential, um die Skalierbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen in bedürftigen Ländern zu erhöhen und dabei auch die Kapazitäten von Regierungen im Umgang mit unterschiedlichen Ansätzen zur Risikofinanzierung zu stärken.